Abend-Ausgabe B.

Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: Ausgabe A (nur morgens) vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M.; Ausgabe B (morgens und abends) vierteljährlich 4.50 M., monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen (2 mal täglich) innerhalb Deutschlands u. der deutschen Kolonien vierteljährlich 5.25 M., monatlich 1.75 M. ausschl. Postbestellgeld, für Oesterreich 6 K 66 h, Ungarn 8 K vierteljährlich.

Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Die einzelne Nummer kostet 10 Pfg.

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.

Telephon Nr. 14692, Nr. 14693, Nr. 14694.

Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7 Prinz Louis Ferdinand-Straße 1. Telephon I, Nr. 9275.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf., Reklamen 1 M.; von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 M.; vom Ausland 50 Pf., finanz. Anzeigen 75 Pf., Reklamen 1.50 M.

Inserate v. Behörden im amtlichen Teil 40 Pf. Beilagegebühr 5 M. p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preis erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10. (Telephon VI, Nr. 4603).

Nr. 208. Montag 29. Juli 1907. 101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Der sächsische Landesverein der „Deutschen Reformpartei" hat ein Gutachten über die sächsische Wahlrechtsvorlage abgegeben. (S. Dtschs. R.)

* Eine große Bergarbeiterdelegiertenversammlung in Prag erklärte die Lohnzugeständnisse für ungenügend und beschloß, nochmals in Verhandlungen zu treten, bevor ein entscheidender Schritt erfolgt.

* Von den Paketen, die von der Kaiserlichen Bank in Petersburg an ihre Filiale in Tiflis gesandt worden sind, ist eins mit 100 000 Rubeln verloren gegangen.

* Der spanische Senat hat die Zuckersteuervorlage angenommen.

Tagesschau.

F. Th. Vischer über die geistliche Schulaufsicht.

Im Augusthefte der „Deutschen Rundschau" veröffentlicht und erläutert Gottlob Egelhaaf ein Dutzend Briefe, die Friedrich Theodor Vischer aus der Paulskirche an seinen politischen Freund W. Rapff gerichtet hat. Als liberaler Kandidat von den Aemtern Reutlingen und Urach in die deutsche Nationalversammlung gewählt, schloß sich Vischer zuerst dem linken Zentrum an und half darauf die gemäßigte Linke gründen. Unter den selbständigen Reden Vischers verdient die über die Schulen noch heute Beachtung. Auf sie bezieht sich Vischers Brief vom 4. Oktober 1848. Wenige Tage vorher hatte die Nationalversammlung mit 316 gegen 74 Stimmen beschlossen: „Das gesamte Erziehungs- und Unterrichtswesen ist der Beaufsichtigung der Geistlichkeit als solcher enthoben." — An diesen Satz knüpfte Vischer in seinem Brief vom 4. Oktober folgende Bemerkungen:

„Der Satz . . . hat zweierlei sehr ungleiche Seiten. Für protestantische Länder, insbesondere für die Verhältnisse auf den Dörfern, bietet er eine recht wohltätige Auskunft. Der Theologe macht ein pädagogisches Examen und bleibt in einem Verhältnis zur Schule, das der Landmann gewohnt ist und sich nicht nehmen läßt. Freilich ist das aber nur da wohltätig, wo in dem Geistlichen wirklich ein Beruf und Recht zur Pädagogie steckt, d. h. wo er wirklich freisinnig ist. Zur verderblichen Hintertür aber wird seine Bestimmung überall, wo Pfaffenwirtschaft ist: der protestantische Pfaffe oder katholische Zauberer läßt sich im Examen ein paar pädagogische Fragen vorlegen und tyrannisiert die Schule wie bisher, nur nicht „als Geistlicher". Wirklich gibt es nicht leicht einen schwereren Knäuel zu lösen. Eigentlich möchte ich dem Geistlichen, sofern ich in ihm nichts als einen Volkserzieher sehe, gerade noch mehr als bisher in der Schule zu tun geben, um den Zustand einzuleiten und vorzubereiten, den unsre Zukunft fordert: Auflösung der Kirche in die Schule (die dann freilich etwas anderes und höheres sein wird als bisher). Nun ist dies aber, so lange die Kirche Kirche ist, höchst gefährlich; denn in ihr ist ja der Geistliche nicht einfach Volkserzieher, sondern wesentlich Träger transzendenter Eigenschaften, die mehr oder minder einen Trieb zur Herrschsucht mit sich bringen. Also muß man den entgegengesetzten Weg gehen: den Schullehrer mehr und mehr heben, bis er auf der gleichen Stufe mit dem Geistlichen steht, bis endlich der Augenblick kommen wird, wo beide ineinander übergehen."

Vischer wollte vor der Nationalversammlung die Schwierigkeit, den rechten Uebergang zu finden, ausführlich erörtern, aber der Frankfurter Septemberaufstand hatte bereits begonnen, so daß Vischer „über Hals und Kopf sagen mußte, weil niemand mehr Geduld hatte; denn draußen lärmte das Volk und baute schon Barrikaden".

Die Belastung der Arbeiterschaft durch Gewerkschafts- und Parteibeiträge.*)

Wenn die Arbeiterschaft, insbesondere die der sozialdemokratischen Partei anhängende, in Deutschland unter einer Steuerlast zu seufzen hat, die unter Umständen bis zu einer vollständigen Absorbierung der in den letzten Jahrzehnten eingetretenen Lohnsteigerungen geht, so ist es diejenige durch die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Das Eintrittsgeld für die Gewerkschaften schwankt zwischen 50 Pfennigen und 2 Mark, die Wochenbeiträge schwanken zwischen 20 und 140 Pfennigen, auf den Durchschnitt berechnet betragen sie 44 Pfennige, ein Beitrag, der sich in Zukunft eher noch erhöhen als vermindern dürfte. Dazu kommen Lokalzuschläge, Gau- oder Bezirkszuschläge, Kreissteuern, Delegiertensteuern, Extrasteuern, Kartellsteuern, Beiträge für das Arbeitersekretariat und dergleichen mehr. Die gesamten Abgaben der Gewerkschaftsmitglieder an ihren Verband unter gleichzeitiger Berücksichtigung des Aufwandes für gesellige Veranstaltungen sind von einer Seite auf 2 Mark die Woche berechnet worden, was sicher nicht zu hoch ist. Rechnen wir aber, daß die wöchentlichen Abgaben mit Einschluß von Vergnügungen nur 1 Mark betragen, so wäre dies schon immer eine Jahresabgabe von 52 Mark und bedeutet also, wenn man das Durchschnittseinkommen des Arbeiters auf 1000 ℳ ansetzt, eine direkte Einkommensteuer von 5,2 Prozent, ein Satz, den die Staatseinkommensteuer in Preußen bekanntlich selbst bei Millionseinkommen nicht kennt, da sie 4 Prozent überhaupt nicht übersteigt, während die gesamten Einkommen bis 900 Mark, d. i. das überwiegende Gros der Arbeiterbevölkerung, vollkommen steuerfrei bleiben.

Zu diesen Gewerkschaftsabgaben, denen man trotz ihrer enormen Höhe eine Art Berechtigung nicht absprechen kann, da sie ja, wenigstens im Prinzip, zur Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter dienen sollen, treten aber dann noch vor allem hinzu die Anforderungen, welche die sozialdemokratische Partei als politische Organisation an den schmalen Arbeiterhaushalt stellt. Hier ist die direkte Steuer in der Regel auf 25 Pfennige den Monat, also jährlich 3 Mark, bemessen. Indessen ist das nicht die Hauptsache. Denn die „freiwilligen Sammlungen", die allenthalben in Fabriken, Werkstätten und bei allen Gelegenheiten ins Werk gesetzt werden, dürften im Jahre schon allein mindestens das Fünffache der direkten Parteisteuer erreichen. Dazu kommen eine große Anzahl von indirekten Steuern infolge des Zwanges, die Vergnügungen der politischen Verbände mitzumachen, so daß es sicher nur gering gerechnet ist, wenn man die Abgaben insgesamt auf monatlich 1½ Mark, jährlich also 18 Mark, bemißt, so daß sich unter Anrechnung der Gewerkschaftssteuern eine Jahresgesamtabgabe von 70 Mark ergibt. Das macht eine Gesamtbesteuerung der Arbeiterschaft von 7 Prozent, eine Zumutung, die alles das bei weitem übersteigt, was Staat und Gesellschaft selbst von ihren reichsten Bürgern und von den höchsten Einkommen verlangen.

*) Aus der zum Herbste erscheinenden neuen Bearbeitung des Politischen Handbuchs der nationalliberalen Partei.

Zeitungsschau.

Aus dem schon von uns angezeigten Artikel der „Nordd. Allg. Z." über die Dänenfrage teilen wir noch folgende Sätze mit:

In Schleswig-Holstein scheint allmählich wieder eine ruhigere Auffassung der Verhältnisse Platz zu greifen. Man erkennt in Blättern verschiedener Richtung an, daß ein Vergleich der dänischen und polnischen Frage durchaus abzulehnen ist. Die Dänenfrage ist von verhältnismäßig so untergeordneter Bedeutung, daß sie die großen Linien der deutschen Politik nicht verwirren kann. Zu beiden Seiten einer Grenze wird man im engeren Bezirke immer beide Sprachen sprechen; wer nur eine beherrscht, ist wirtschaftlich benachteiligt. Bei den Polen handelt es sich aber nicht bloß um einen Grenzverkehr, nicht um einige Tausend anderssprechender Einwohner, sondern um eine Bevölkerungsmasse, die größer als die von ganz Dänemark ist, die, allein schon durch ihre kräftige Vermehrung, eine starke Expansionskraft aufweist und nicht bloß in den östlichen Provinzen die deutsche Bevölkerung zurückzudrängen sucht, sondern in Rheinland und Westfalen große Enklaven bildet, überall mit dem Bestreben, sich gegen die Deutschen abzuschließen. Selbst in Berlin wollen sie nicht mehr den Gottesdienst mit den deutschen Katholiken gemeinsam üben, sondern erstreben eigene Kirchsprengel. Den Polen gegenüber hat die Staatsregierung wirklich allen Anlaß, darüber zu wachen, daß diese vielfach verhetzten Elemente nicht einen Staat im Staate bilden. Dergleichen Sorgen liegen in der Nordmark nicht vor. Wir begreifen es ja, daß die Schleswig-Holsteiner den Tag von Düppel nicht vergessen können; wir halten es aber denn doch für eine arge Uebertreibung, wenn die Rede des Oberpräsidenten v. Bülow-Bossee in Hadersleber Blättern wie den „Apenrader Nachrichten" den Anlaß ergibt, „die Sturmglocken an der Königsau" in mehreren Nummern in Bewegung zu setzen. Die Besorgnis vor der Wiederkehr ähnlicher demütigender Vorkommnisse ist im kraftvollen neuen Deutschen Reich wie in Preußen völlig ausgeschlossen. Wenn jetzt — nach Meldungen Schleswiger Blätter — deutsche Pastoren in den Grenzdistrikten eine Eingabe an den Oberpräsidenten gerichtet haben sollten, in der die Einführung von zwei fakultativen dänischen Sprachstunden in denjenigen Schulen Nordschleswigs erbeten wird, in denen dänischer Religionsunterricht erteilt wird, so darf man dabei doch nicht übersehen, daß dies nicht etwa eine neue Regung dänischer Gesinnung oder Hinneigung ist, sondern daß die gleichen Wünsche schon vor beinahe 20 Jahren verlautbart wurden, auch wenn neue Filialen des dänischen Sprachvereins gegründet werden sollten. Die Politik der Ruhe, Gerechtigkeit und Friedfertigkeit, welche aus der Rede des Oberpräsidenten v. Bülow hervorklang, wird ganz gewiß nicht auf Kosten der deutschen Bevölker weiter geübt. Ueber die Landesgrenze ist kein Streit, sie ist von Dänemark im Januarvertrag von neuem anerkannt. „Darum kämpfen wir", so schreibt die „Kieler Zeitung" sehr einsichtsvoll, „in Nordschleswig nicht mehr um den Besitz, sondern es handelt sich dort ausschließlich um die Regelung innerer Verhältnisse. Die nordschleswigsche Frage ist nichts anderes als eine Frage der Staatsklugheit, wie die unlösbar mit Preußen und Deutschland verbundene Bevölkerung Nordschleswigs am richtigsten zu behandeln ist, um mit den tatsächlich und rechtlich bestehenden Verhältnissen allmählich ausgesöhnt zu werden." Die Regierung wird mit Besonnenheit und Festigkeit ihr Ziel verfolgen, die nordschleswiger Bevölkerung zu guten Staatsbürgern zu machen; sie wird ebenso nachdrücklich etwaige Uebergriffe dänisch Gesinnter zurückweisen. Bei verständiger Mitarbeit der deutschen Patrioten in der Nordmark wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Der „Berl. Lok.-Anz." schreibt zur Begegnung des Kaisers mit der Exkaiserin Eugenie:

Die Zusammenkunft hat in der Pariser Presse großes Aufsehen erregt und lebhafte Diskussion hervorgerufen. Sie war die zweite ihrer Art, da das deutsche Reichsoberhaupt die Witwe des zweiten französischen Imperators vorher nur einmal gesehen hat, nämlich in England vor 14 Jahren. Damals hatte der Kaiser die britische Uniform angelegt, was als hohe Courtoisie gegenüber der französischen Zäsarenwitwe empfunden wurde. Auch das diesmalige Zusammentreffen war sehr merkwürdig und wird zu den markanten Ereignissen dieses Jahres gerechnet werden. Im hohen Norden und in den Gewässern eines aus der großen Politik seit Jahrhunderten ausgeschiedenen Landes begegnet sich der Enkel des deutschen Reichsbegründers mit der 81jährigen Trägerin des Napoleonischen Kaisernamens. Kaiserin Eugenie würde eine sehr merkwürdige Frau gewesen sein, auch wenn das Schicksal sie nicht ein reichliches halbes Menschenalter hindurch an die Spitze der französischen Gesellschaft gestellt hätte, als Gemahlin des zweiten, den kaiserlichen Namen Napoleon führenden Souveräns. „Weib ohne Gatten, Mutter ohne Kind" lautet der Vers eines deutschen Dichters auf das Schicksal einer französischen Aristokratin während der großen Revolution. Diese Tochter einer spanischen Herzogsfamilie kann von sich dasselbe sagen und hat dies seit fast drei Jahrzehnten tun müssen. Sie ist Kaiserin ohne Krone wie ohne politisches Vaterland, dazu seit 34 Jahren Witwe und seit dem verhängnisvollen Pfingst-Sonntag 1. Juni 1879 des einzigen Sohnes beraubt. Seit dieser Zeit hat die Kaiserin Eugenie die Witwentracht nicht wieder abgelegt — eine Witwe unter den Fürstinnen. Aber sie hat auch dieses Schicksal mit würdiger Ergebung zu tragen vermocht. Ihre natürliche Willenskraft und Seelenstärke ist durch religiöse Gesinnung noch vermehrt und geläutert worden. Es entspricht durchaus dem ritterlichen Charakter Kaiser Wilhelms II., daß er dieser durch Jahre und Schicksale gleich ehrwürdigen fürstlichen Frau jetzt bei dem Reisezusammentreffen seine persönliche Huldigung dargebracht hat.

Deutsches Reich.

Leipzig, 29. Juli.

* **Kontrollwesen in Südwestafrika.** Nach beendetem Aufstande wird in der Kolonie jetzt ein militärisches Kontrollsystem nach heimischem Muster eingerichtet werden, um beizeiten die Mobilmachung vorbereiten zu können und im Falle der Gefahr die Mannschaften des Beurlaubtenstandes möglichst schnell heranziehen zu können. Die Kolonie wird zu diesem Zwecke in zwei Militärbezirke geteilt, jede Militärstation ist Kontrollstation (Bezirkskommando), die Stärke des Verwaltungspersonals im Sitze der Bezirke (Otavi und Keetmanshoop) ist 56 Mann. Jeder waffenfähige Deutsche und Reservist erhält von diesen Kontrollstationen Kriegsbeorderungen, die ihm den Platz anweisen, den er im Falle eines Aufstandes einzunehmen hat. Selbstverständlich muß jeder Deutsche in der Kolonie sich bei der Ankunft bei einer Kontrollstation melden und

Feuilleton.

Im Gebirge der Wahrheit kletterst du nie umsonst; entweder du kommst schon heute weiter hinauf, oder du übst deine Kräfte, um morgen höher steigen zu können.

Nietzsche.

Gustav Pfizer

(geb. 29. Juli 1807).

Von Martin Stein (Leipzig).

Das Schwabenland ist reich an hervorragenden Männern des Geistes. Wir haben genau vor einem Monat Friedrich Theodor Vischers, des großen Aesthetikers, gedacht, heute ist es sein Freund und Studiengenosse Gustav Pfizer, dem wir ein Erinnerungsblatt widmen. Gustav Pfizers Name ist nicht so bekannt, wie der des Vau-Vischer. Und doch verdient dieser prächtige Mann nicht minder, daß man sein Gedächtnis in die Erinnerung zurückruft. Denn der Wert eines Menschen richtet sich nicht nach dem mehr oder minder großen Beifall der Mitwelt, sondern was einem Menschen allgemeinen Wert gibt, ist sein Charakter, die Persönlichkeit, die er ausmacht. Von diesem Gesichtspunkte aus ist aber Gustav Pfizer eine höchst beachtenswerte Erscheinung; abgesehen davon, daß er nicht nur ein geschätzter und gewandter Dichter war und ein feinsinniger Stilist, er ist auch als Politiker der Revolutionszeit nicht zu vergessen, und hat als Gelehrter wie als Lehrer und Jugendschriftsteller sich Ruf und Bedeutung geschaffen.

Gustav Pfizer ist am 29. Juli 1807 in Stuttgart geboren. Sein Vater war Obertribunaldirektor. Gustav hatte noch einen jüngeren Bruder Paul — den bekannten Politiker. Von 1813 an besuchte Gustav Pfizer das Gymnasium in Stuttgart, 1821—1825 das niedere theologische Seminar in Blaubeuren. Von 1825—1830 war er im Stift in Tübingen und gehörte zu der vielgenannten Geniepromotion, über die wir in dem Artikel über seinen Freund Friedrich Theodor Vischer gesprochen haben. Von 1830 an war Pfizer Vikar in Stuttgart, von 1832 an Repetent am Tübinger Stift. 1834 machte er eine halbjährige Reise durch Italien und nahm dann dauernden Aufenthalt in Stuttgart als Schriftsteller. Dort gab er 1836 und 1837 die „Blätter zur Kunde der Literatur des Auslandes" heraus und redigierte längere Zeit den praktischen Teil des „Morgenblattes". Pfizer hat in dieser Tätigkeit manchem aufstrebenden Talent den Weg in die Oeffentlichkeit gewiesen. Es war dies ein Zug schöner Menschlichkeit, wie er den knorrigen, aber geistreichen Söhnen des Schwabenlandes viel eigen ist: die Freude am Können des anderen, das Wohlgefallen und die innere Befriedigung, dazu beitragen zu können, dem Nächsten zur Anerkennung zu verhelfen. Wie selten sind in der Welt diese Charaktere geworden, wie notwendig ist es, solche Menschen in die Erinnerung zurückzurufen!

Pfizer selbst hatte schon im Jahre 1831, zusammen mit seinem Landsmann und Freund Friedrich Notter und Hermann Hauff, „fünfzehn politische Gedichte" und für sich allein eine eigene Sammlung „Gedichte" herausgegeben, der dann im Jahre 1835 „Gedichte. Neue Sammlung" nachfolgten. Dieses Buch hat er Uhland gewidmet, an dessen „Stilisticum" er sich, zu Uhlands großer Befriedigung, beteiligt hatte. Daß er Uhland sein Buch widmete, war ein Akt der Verehrung und Dankbarkeit für die geistige Anregung. Die Welt aber urteilte anders, und obgleich Pfizer nichts Gemeinsames mit Uhland hat, wurde er doch in das allgemeine Verdammungsurteil Goethes über Uhland und seine Schule mit eingeschlossen. Man kann an diesem Beispiel wieder einmal sehen, wie oberflächlich die Welt urteilt, und wie leicht sie mit ihrer Meinung über den Mitmenschen fertig ist. Wenn Pfizer an einen der schwäbischen Dichter erinnert, ist es Gustav Schwab. Aber da sind es dann gerade jene Seiten Schwabs, die mit Uhland nichts zu tun haben. Von 1833 an übersetzte Pfizer mit Friedrich Stotter zusammen die Werke Bulwers, die in mehreren Auflagen erschienen sind, 1835—1840 Byron. 1836 erscheint sein Werk „Martin Luthers Leben", das, bis auf Köstlin, die geschätzteste Biographie des Reformators gewesen ist. In den Jahren 1837—1840 läßt Pfizer eine „Auswahl der Werke Luthers" nachfolgen.

Für sein Lutherwerk wurde Pfizer am 11. Juli 1836 von der philosophischen Fakultät der Universität Tübingen ehrenhalber der Doktortitel verliehen. 1837 veröffentlichte Pfizer bei J. G. Cotta eine Abhandlung „Uhland und Rückert", in der er ganz sachlich beiden Männern gerecht zu werden sucht. Wie Pfizer schreibt und urteilt, zeigt schön und treffend eine Stelle aus dieser Schrift. Es heißt da mit Bezug auf Rückerts „Weisheit des Brahminen": „Uebrigens gestehen wir diesem poetischen Kommentar zu einer heiteren Lebensweisheit einen nicht geringen Wert zu, und bekennen gern, daß dies didaktische Gedicht zu manchem nicht unbeliebten, platt moralischen oder sentimentalen Lehrgedicht in eben dem Verhältnis stehe, wie ein ausgezeichneter Philosoph zu einem pedantischen Schulmeister." Und bei einem Vergleich der Weltanschauung Rückerts und Uhlands, wie sie sich in ihrer Poesie kundgibt, sagt Pfizer: „Der Deutsche, von Natur ernst, nachdenklich, in sich gekehrt und systematisch, vergißt selbst in der Poesie den Ernst des Lebens so wenig, daß ein leichtes, wenn auch noch so geistreiches Tändeln und Scherzen in der Poesie, wie z. B. bei Béranger, ihn nicht befriedigt, daß er unter dem leuchtenden Spiegel der Dichtung sofort nach dem Grund forscht. Er sucht überall gern die Ueberzeugung und die Gesinnung, und bei Dichtern, wie Rückert und Uhland, wird er diese nicht vergeblich suchen." Und er fährt fort: „Obgleich gerade in diesem Punkt die beiden Dichter einander ziemlich fern zu stehen scheinen, und der didaktisch reflektierende, dialektische Rückert sehr wenig Berührungen mit der naiven, unbefangenen Muse Uhlands darbieten möchte, so verschwindet doch plötzlich diese Unähnlichkeit, und werden sie sich sehr nahe gerückt, sobald man andere poetische Zeitgenossen, von den Deutschen etwa Heine, von Engländern und Franzosen Byron und V. Hugo, neben sie stellt. Gegenüber diesen verneinenden, zweifelnden Geistern unter den Poeten erscheinen uns Uhland und Rückert als verbrüdert in der Einheit eines zuversichtlichen Festhaltens an tröstlichen und freudigen Ueberzeugungen. Jene aus innerer Zerrissenheit und Zerfallenheit mit der Welt hervorbrechenden, oft gewaltig erschütternden Mißtöne, jene Geisterstimmen aus den nur von Blitzen erleuchteten Abgründen des Zweifels oder der Verzweiflung, jene marternden, unaufgelösten Dissonanzen und jene peinigenden Effekte — alles dies ist der Poesie unserer beiden Dichter fremd geblieben. Wie sie keine ungeheuren Leidenschaften schildern, so auch keine unheimlichen Verirrungen des Gedankens. Sie sind sich gleich in der Gesundheit ihres Empfindens und ihrer sittlichen Natur, in der Reinheit und Klarheit ihrer Gesinnung."

Als dann 1838 und 1839 in Stuttgart eine Vervielfältigung von Roubillacs-, Shakespeare-, Thorwaldsen- und Schiller-Statuen erschienen war, schrieb Pfizer den begleitenden Text. In den Jahren 1840 bis 1846 übersetzte er die Romane G. P. R. James'. Daneben gingen selbstschöpferische Arbeiten: 1840 Dichtungen epischer und lyrischer Gattung (Stuttgart, Cotta), 1844 der „Welsche und der Deutsche", „Aeneas Sylvius Piccolomini" und „Gregor von Heimburg", Romanzen im Versmaß von Uhlands „Bertran de Born". 1846 wurde Pfizer als Professor an das Gymnasium berufen, um an den oberen Klassen deutsche Sprache, Literatur, Religion, Geschichte und philosophische Propädeutik zu lehren. Aus dieser Tätigkeit stammten seine für die Jugend geschriebenen historischen Werke „Geschichte Alexanders des Großen" 1846 und „Geschichte der Griechen" 1847, sowie seine einzige philosophische Schrift „Die Philosophische Propädeutik auf den Gymnasien", die 1852 als Gymnasialprogramm erschienen ist.

Die ereignis- und stürmereichen Jahre der Revolution sind auch an Pfizer nicht spurlos vorübergegangen. Er war von entschieden politischer Gesinnung und gehörte neben seinem Bruder Paul zu den Hauptvertretern der Idee einer preußischen Hegemonie und des gemäßigten Liberalismus in der Heimat und der Führer des vaterländischen Vereins. 1849 wurde Pfizer Abgeordneter für das Amt Stuttgart in der ersten verfassungsberatenden Versammlung Württembergs. Publizistisch ist er aber außer in Zeitungsartikeln nur mit einer Schrift an die Oeffentlichkeit getreten: „Die deutsche Einheit und der Preußenhaß", „Weder jetzt das Direktorium, noch das habsburgische Kaiserium später". Zu erwähnen ist noch eine Gelegenheitsschrift aus dem Jahre 1850: „Worte der Erinnerung an den 25. Juli 1530." 1872 trat Pfizer